



<https://biz.li/2iva>

JUGENDNETZKARTE SOLL UM 20 PROZENT TEURER WERDEN

Veröffentlicht am 22.08.2024 um 19:08 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Am 19. August 2024 wurde erstmals über die zum 1.1.25 geplanten Fahrpreiserhöhungen im Bereich des Großraum-Verkehr Hannover (GVH) berichtet. Die konkrete Verwaltungsvorlage sieht noch weitere Erhöhungen vor, wie die Gruppe Die Linke/Piraten in der Regionsversammlung nun mitteilt. Hierzu äußert sich Bruno Adam Wolf, Abgeordneter der Piraten in der Regionsversammlung Hannover und Mitglied im Verkehrsausschuss, der heute tagte: "Es ist alles noch viel schlimmer, als es im ersten Moment schon aussieht. Die hier vom GVH angeforderten Preiserhöhungen für 2025 sind generell inakzeptabel. Guckt man sich die Preissteigerungen im Bereich der Einzeltickets an, liegen diese zwischen 4,7 und 7,7 Prozent und damit weit weg von dem durchschnittlichen Satz von 3,3 Prozent, der auch noch über der aktuellen Inflationsrate liegt. Fast könnte man den Eindruck haben, der GVH hätte lieber weniger Fahrgäste, als mehr. So schafft man es mit Sicherheit nicht, gerade die Nutzenden des motorisierten Individualverkehrs, die ihr Fahrzeug sporadisch nutzen, zu einem Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen. Gerade mal nach der Arbeit ab 18 Uhr zum Einkaufen in die City Hannovers zu fahren, wird unter den dortigen Plänen des kostenlosen Parkens ab dieser Uhrzeit mit der geplanten Preiserhöhung des ÖPNV noch unwahrscheinlicher. Besonders unsozial ist dazu noch die Erhöhung für die Tageskarte S um stolze 9,1 Prozent. Das scheint erst recht für Jugendliche zu gelten, da die Jugendnetzkarte um satte 20 Prozent teurer werden soll. Da fallen die angeforderten Erhöhungen für MonatsCards im Abo um bis zu 6 Prozent schon kaum noch ins Gewicht. Dass es damit noch wahrscheinlicher wird, gar keine mehr zu verkaufen, da das D-Ticket nicht nur günstiger ist, sondern auch weit mehr Möglichkeiten bietet, ist nur ein Nebenaspekt. Wenn dann das zusätzliche Geld noch nicht einmal ausschließlich für den Ausbau des ÖPNV sorgen, sondern die Lücken im Regionshaushalt querfinanzieren soll, ist dies noch fast zynisch. Denn es zeigt, dass die Höhe der Preissteigerungen bestenfalls bedingt etwas mit höheren Kosten von Üstra und RVH zu tun haben. Wie ein derartiges Vorgehen zur so oft postulierten und notwendigen Verkehrswende beitragen soll, ist uns schleierhaft. Manchmal scheinen die zuständigen politischen Gremien zu vergessen, dass wir in unserer Region eine immer höhere Armutsquote haben. Wie sie alle wissen, haben Corona und die letzten extremen Inflationszahlen die Armutsquote gerade bei Kindern von Alleinerziehenden weit über die 50 Prozent gehen lassen. Aber auch viele vorher Normalverdienende sind längst an ihre Grenzen gekommen." Linken-Abgeordneter Felix Mönkemeyer schließt: "Politik und Verwaltung sind zuständig für bezahlbare Mobilität. Daseinsfürsorge ist eben auch Mobilität und wenn wir es mit der Verkehrswende auch nur annähernd ernst meinen, müssen wir vor allem von unten denken. Regionsbewohner mit hohem Einkommen fahren sowieso größtenteils mit ihren individuellen Transportmitteln. Diese brutale Erhöhung der Fahrpreise ist genauso unnötig wie unsozial."